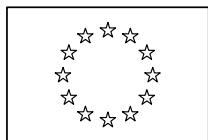


DE

DE

DE



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 20 July 2007
K(2007) 3460

BESCHLUSS DER KOMMISSION

**über das Jahresarbeitsprogramm 2007 im Bereich der Finanzhilfen
im Verkehrs- und Energiesektor
sowie den Finanzierungsbeschluss gemäß Artikel 75 Absatz 2
der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates, geändert durch die
Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006 des Rates, für Aufträge und Finanzhilfen im
Verkehrs- und Energiesektor,
für die Europäische Agentur für Flugsicherheit,
die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs,
die Europäische Eisenbahnagentur,
die Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation,
die Exekutivagentur für das transeuropäische Verkehrsnetz
und die Europäische GNSS-Aufsichtsbehörde**

Entwurf

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom [...]

**über das Jahresarbeitsprogramm 2007 im Bereich der Finanzhilfen
im Verkehrs- und Energiesektor
sowie den Finanzierungsbeschluss gemäß Artikel 75 Absatz 2
der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates, geändert durch die
Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006 des Rates, für Aufträge und Finanzhilfen im
Verkehrs- und Energiesektor,
für die Europäische Agentur für Flugsicherheit,
die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs,
die Europäische Eisenbahnagentur,
die Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation,
die Exekutivagentur für das transeuropäische Verkehrsnetz
und die Europäische GNSS-Aufsichtsbehörde**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften¹, geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006 des Rates vom 13. Dezember 2006, insbesondere auf Artikel 49 Absatz 2, Artikel 75 Absatz 2 und Artikel 110 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften², zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1248/2006 der Kommission vom 7. August 2006, insbesondere auf die Artikel 33, 90, 166, 167 und 168,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 110 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002, geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006 des Rates, und Artikel 166 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1248/2005 der Kommission vom 7. August 2006, sind die Finanzhilfen in einen Jahresplan aufzunehmen, in dem

¹ ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1.

² ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1.

der Basisrechtsakt, die Ziele, die vorgeschlagenen Hauptthemen und der Zeitplan der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen mit ihrem Richtbetrag präzisiert werden. Dieses Arbeitsprogramm wird von der Kommission angenommen.

- (2) Nach Artikel 168 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1248/2006 der Kommission vom 7. August 2006, können Finanzhilfen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zugunsten von Einrichtungen, die ein rechtliches oder faktisches Monopol innehaben, gewährt werden.
- (3) Nach Artikel 168 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1248/2006 der Kommission vom 7. August 2006, können Finanzhilfen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zugunsten von Einrichtungen, die in einem Basisrechtsakt genannt sind, gewährt werden.
- (4) Nach Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002, geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006, geht der Mittelbindung ein Finanzierungsbeschluss voraus, es sei denn, die Mittel können gemäß Artikel 49 Absatz 2 ohne Basisrechtsakt verwendet werden.
- (5) Nach Artikel 90 der Durchführungsbestimmungen kann das Jahresarbeitsprogramm im Bereich der Finanzhilfen als Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 75 der Haushaltsordnung betrachtet werden, sofern es einen hinreichend klar definierten Rahmen vorgibt. Daher obliegt es der Kommission, das Jahresarbeitsprogramm 2007 für Aufträge und Finanzhilfen im Verkehrs- und Energiesektor anzunehmen.
- (6) Nach Artikel 15 Absatz 1 des Beschlusses der Kommission vom 11. März 2004 über die internen Vorschriften, zuletzt geändert durch den Beschluss der Kommission vom 21. Februar 2007, müssen Mittel, die gemäß Artikel 49 Absatz 2 der Haushaltsordnung ohne Basisrechtsakt verwendet werden können, gleichwohl durch einen von der Kommission verabschiedeten, einem Finanzierungsbeschluss gleichwertigen Rahmen abgedeckt werden.
- (7) Daher ist ein Rahmen für die Maßnahmen festzulegen, die im Wege der Ausgaben für administrative Unterstützung und der operativen Maßnahmen, die unter die institutionellen Vorrechte der Kommission und die vorbereitenden Maßnahmen und Pilotprojekte im Sinne des Artikels 49 Absatz 2 der Haushaltsordnung fallen, durchzuführen sind.
- (8) Aufträge mit Basisrechtsakt, die den Ausgaben für administrative Unterstützung oder den operativen Ausgaben zugerechnet werden und nicht in die Jahresarbeitsprogramme der spezifischen Programme einbezogen sind, werden durch diesen Beschluss geregelt.
- (9) Darüber hinaus muss die Kommission einen Finanzierungsbeschluss für die Finanzhilfen zugunsten der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA), der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA), der Europäischen Eisenbahnagentur (ERA), der Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, der Exekutivagentur für das transeuropäische Verkehrsnetz und der Europäischen GNSS-Aufsichtsbehörde für das Jahr 2007 erlassen.

- (10) Die Finanzhilfen und Aufträge im Rahmen der spezifischen Programme werden in separaten Arbeitsprogrammen geregelt, die von der Kommission angenommen werden und als Finanzierungsbeschlüsse gelten –

BESCHLIESST:

Artikel 1

Das in Anhang I enthaltene allgemeine Arbeitsprogramm im Bereich der Finanzhilfen im Verkehrs- und Energiesektor für das Jahr 2007 wird hiermit verabschiedet.

Artikel 2

Das allgemeine Arbeitsprogramm im Bereich der Finanzhilfen im Verkehrs- und Energiesektor gilt als Rahmenbeschluss im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 des Beschlusses der Kommission vom 11. März 2004 über die internen Vorschriften (SEK(2004) 120), zuletzt geändert durch den Beschluss der Kommission vom 21. Februar 2007 (K(2007) 513), für die Finanzhilfen, die ohne Basisrechtsakt und auf der Grundlage einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden. Die betreffenden Maßnahmen werden in Anhang I A beschrieben.

Artikel 3

In Anhang III werden für den Verkehrs- und Energiesektor die Aufträge festgelegt, die im Wege der Ausgaben für administrative Unterstützung, der operativen Maßnahmen, die unter die institutionellen Vorrechte der Kommission und die vorbereitenden Maßnahmen und Pilotprojekte im Sinne des Artikels 49 Absatz 2 der Haushaltsordnung fallen, durchzuführen sind; dieser Anhang gilt als Rahmenbeschluss beziehungsweise als Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002, geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006.

Artikel 4

In Anhang IV werden für den Verkehrs- und Energiesektor die Aufträge festgelegt, die im Wege der Ausgaben für administrative Unterstützung und der operativen Maßnahmen, die unter die spezifischen Programme oder Haushaltslinien mit Basisrechtsakt fallen, durchzuführen sind; dieser Anhang gilt als Finanzierungsbeschluss.

Artikel 5

Die Finanzierung durch Auszahlung einer Finanzhilfe zugunsten der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA), der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA), der Europäischen Eisenbahnagentur (ERA), der Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, der Exekutivagentur für das transeuropäische Verkehrsnetz und der Europäischen GNSS-Aufsichtsbehörde für das Jahr 2007, deren Einzelheiten und genaue Höhe in Anhang II festgelegt sind, wird genehmigt.

Brüssel, den

Für die Kommission

Mitglied der Kommission